A1 Bildungskatastrophe abwenden — aus der Krise lernen — Schule und Bildung zukunftsweisend aufstellen!

Gremium: LAG Bildung Bayern
Beschlussdatum: 05.02.2022

Antragstext

Stellungnahme der LAG Bildung Bayern zur Situation in Bayern

Seit fast zwei Jahren leben wir in einer Pandemie, unsere Gewohnheiten sind auf den Kopf gestellt. Nach fast zwei Jahren sehen wir auch: die Bayerische Staatsregierung, die in der Verantwortung für die Situation in Schulen und Universitäten steht, versagt vollkommen. Es spielt sich eine unsichtbare Katastrophe ab, deren Folgen wir als Gesellschaft langfristig tragen müssen.

Die Pandemie mit ihren Kontaktbeschränkungen trifft Kinder und Jugendliche besonders hart, denn sie brauchen den Kontakt zu den Gleichaltrigen für ihre Entwicklung ganz wesentlich. Die Pandemie hat zu einer starken Isolation geführt: Freizeiteinrichtungen waren und sind geschlossen, Treffen in größeren Gruppen sind weitgehend verboten, die Kommunikation ist oft nur ausschließlich digital statt, das Vereinsleben liegt brach. Das Fehlen der Kontakte, von gemeinsamem Fortgehen und Spielen mit Gleichaltrigen hat zu einem besorgniserregenden Anstieg psychischer und physischer Erkrankungen geführt, von vermehrten Fällen von Adipositas und „Altersdiabetes“ bis hin zu einem starken Anstieg der Suizidalität von Kindern und Jugendlichen.

Bis heute gibt es kein Konzept, wie die Folgen der Pandemie außerhalb und innerhalb der Schulen und Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche abgefedert werden können. Die Unterbrechung der Gewohnheiten führte zu Orientierungslosigkeit. Die Staatsregierung blieb tatenlos im pädagogischen Konzept, aber aktivistisch in sich widersprechenden kleinteiligen Anweisungen. Schule reduziert sich vom Lebensort zu einer „Lernkaserne“, da alle Begegnungen wie auch Wahlfächer und Schulveranstaltungen (Fahrten, Theater, Schulkonzerte, Schulfest, Sportwettkämpfe) entfallen.

Bayern steuert auf eine soziale und eine Bildungskrise bei Kindern und Jugendlichen zu, wenn nicht sehr schnell gehandelt wird. Der Fokus der Bildungspolitik muss als Antwort auf die Coronakrise nicht auf Leistungsnachweise und Lehrplanerfüllung gerichtet sein, sondern auf das Leben in der Schule als sozialem Ort und auf die psychische und körperliche Gesundheit der Kinder und Jugendlichen.

Der Druck auf die Lehrkräfte, der durch Lücken im Lernstand der Schüler*innen entsteht, birgt die Gefahr, dass auf Persönlichkeitsbildung und Bindungsarbeit weniger Fokus liegt, und dass sie zum herkömmlichen frontalen Präsenzunterricht zurückkehren. Sie wollen alle Schüler*innen im Blick behalten, aber die Vorgaben der Pandemiebekämpfung (Abstände, Trennung von Gruppen, Nachverfolgung) verhindern Flexibilität und zwingen damit oft zum Frontalunterricht. Die vorhandenen Möglichkeiten werden oft nicht genutzt, Sozialformwechsel (Gruppenarbeit, Partnerarbeit, Einzelarbeit) findet weniger als früher statt.
Bei Fernunterricht verleiten die digitalenMedien bei fehlender Erfahrung zu Lehrkraftzentriertheit. Hier hat der Fernunterricht die Routinen des Frontalunterrichts eher noch gefestigt, ein Rückfall in alte Routinen, die

eigentlich längst überwunden sein sollten, droht. Junglehrkräfte lernen oft von Anfang an nur diese Unterrichtsroutinen.

Zudem ist der Kontakt zwischen den Lehrkräften wegen der räumlichen Trennung stark eingeschränkt. Diese mangelnden Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Lehrkräften erhöhen Unsicherheiten und verhindern die „informelle Fortbildung" im Lehrerzimmerdialog. Hinzu kommt eine enorme Arbeitsbelastung durch anfallende Vertretungen bei erhöhtem Kranken- bzw. Quarantänestand.

Auch für Schulleitungen bedeutet die Pandemie einen Ausnahmezustand: die ständig wechselnden, extrem kurzfristigen Vorgaben bedeuten eine enorme Mehrbelastung. Um den Unterricht überhaupt aufrechtzuerhalten, müssen sie Hygiene, Testregime, 3G, Elternkommunikation, Präsenz-/Distanz-/ Hybridunterricht organisieren sowie Aushilfslehrkräfte finden und anstellen. Dies alles ohne zusätzliche zeitliche Ressourcen zu erhalten. Gleichzeitig soll der digitale Umbau stattfinden, die Agenda 2030 im Rahmen der BNE-Vorgaben umgesetzt und Lehrkräftefortbildung organisiert werden.

Ein Kernpunkt der erschwerten Situation an den Schulen ist: Der Schwerpunkt wurde auch in der Pandemie konsequent auf Stoffvermittlung und Notenerhebung gelegt. Die Notenvollständigkeit blieb an den meisten Schularten gefordert, trotz schwierigster Bedingungen. Dies minimiert die Zeit für die Arbeit an den eigentlichen Schlüsselqualifikationen des Lehrplans (z.B. Sozialkompetenz, Alltagskompetenz, Problemlösungsfähigkeit).

Gleichzeitig bleibt die Entwicklung und dauerhafte Nutzung der neu entdeckten digitalen Möglichkeiten stecken. Die Schüler*innen sind durch die starke Lehrerzentriertheit in eine passive Rolle gedrängt. Die Begleitung in die Selbstverantwortung fehlt, sie erfahren kaum Selbstwirksamkeit. Die Schüler*innen sind nur Bildungskonsument*innen, anstatt aktiv und nachhaltig ihre Bildungsziele selbst zu erarbeiten.

Die Schulen haben in den Wellen der Pandemie häufig einen hohen Krankenstand zu verzeichnen. In der Distanz hat sich bei vielen Schüler*innen eine gewisse Trägheit und Müdigkeit eingestellt, die zu fehlender Motivation und Fernbleiben vom Unterricht führt, bis hin zur Schulverweigerung. Hinzu kommt oft die Angst, die Krankheit mit in die Familie zu bringen.

Das Festhalten an Lehrplänen und das Einsammeln von Noten führt zu Leistungsdruck und Versagensängsten. Statt hier pädagogische Lösungen zu entwickeln, die die Schüler*innen stützen, haben die Schüler*innen wegen mangelnden Unterrichts große „Lücken". Dies kann zu Verweigerung, Erkrankung und Fernbleiben vom Unterricht führen. Die absurden Maßnahmen und das kopflose Agieren des Kultusministeriums haben hier die Situation nur verschlimmert.

Gruppenarbeiten, Partnerarbeiten, Projektarbeiten, etc. finden kaum statt. Digitaler Ersatz kann wegen fehlender Ressourcen und Kenntnisse nicht stattfinden. Damit gehen wesentliche pädagogische Inhalte verloren. Auch soziales Lernen findet nicht statt, die Schüler*innen können Klassen- und Gruppendynamiken nicht erleben, das Erlernen von Gruppenprozessen ist nicht möglich.

Der körperliche Ausgleich und die Ausbildung motorischer Fähigkeiten fällt in der Schule weg. Auch in der Freizeit sind viele Angebote für Jugendliche

weggefallen. Der „Fahrradführerschein“ in der 4. Klasse konnte nicht überall stattfinden, der Schwimmunterricht ist oft ausgefallen.

Wir müssen den Schulen schon jetzt aktiv einen Schub geben, damit sie die Corona-Krise meistern können. Dafür brauchen wir jetzt folgende Maßnahmen:

- Als Sofortmaßnahme brauchen wir endlich eine valide Teststrategie für Freiheit im Lernen: Sofort zuverlässige wirksame Tests für alle Mitglieder der Schulgemeinschaft einführen. Verzicht auf unwirksame Tests.

- Wir schaffen sofort die Übertrittsnoten zur 5. Klasse ab und geben die Entscheidung in die Hände der Pädagog*innen und Eltern in gemeinsamer Beratung.

- Wir brauchen frühzeitige Notfallpläne zur psychischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen an den Schulen: mit klaren Abläufen und enger Zusammenarbeit mit Sozialpädagog*innen und Schulpsycholog*innen, die bei kleinsten Anzeichen von Schulverweigerung und/oder psychischen Auffälligkeiten angewendet werden. Hierzu brauchen wir mehr Schulsozialpädagog*innen und Schulpsycholog*innen und die Einbindung der externer Träger in den Prozess. Kurzfristig muss bei den Schulpsycholog*innen und Beratungslehrkräfen die Unterrichtsverpflichtung deutlich zurückgefahren werden, um sich um psychische Auffälligkeiten bei Schüler*innen zu kümmern.

- Wo immer möglich, müssen wir die Schule wieder zum Lebensort machen. Dafür sind Freiräume nötig: die Schulen brauchen die Möglichkeit, unbürokratisch und schnell Konzeptezum gemeinsamen Lernen, zur Erfahrbarmachung von Selbstwirksamkeit, wie z.B. den „Freiday“ (Der Freitag ist ohne Stundenplan, für Projekte, soziales Lernen etc.) umzusetzen.

- Begegnung muss innerhalb des Unterrichts Priorität haben: dort, wo es pädagogisch und didaktisch notwendig ist, soll explizit zu wechselnden Unterrichtsformen geraten werden.

- Ab sofort muss Begegnung Priorität haben: Sobald wie möglich müssen in allen Jahrgangsstufen Zeiträume für Exkursionen, Fahrten, etc. geschaffen werden.

- Um pädagogische Handlungsspielräume zu ermöglichen, muss als Sofortmaßnahme auf die Notenvollständigkeit verzichtet werden und die Notenvalidität im Vordergrund stehen. Stattdessen muss der Schwerpunktsetzung auf Schlüsselqualifikationen (z.B. Alltagskompetenz, (inter-)kulturelle und digitale Bildung, Werteerziehung) liegen. Es muss

mehr Spielräume bei Stoffauswahl und Benotung, und für andere Prüfungsformaten geben.

- Wir müssen sofort Konzepte der Eigenverantwortung und Möglichkeiten der Selbstwirksamkeitserfahrung als fest eingeplanten Bestandteil der Schulkultur etablieren und Mitentscheidungsmöglichkeiten schaffen.

- Wir brauchen dafür gezielte Fortbildungsprogramme: für Schüleraktivierung, vielfältigen Unterricht (Aufbrechen der Frontalroutinen), Förderung der Eigenverantwortlichkeit und Selbstwirksamkeit der Schüler etc.

- Wir brauchen größte Anstrengungen für die digitale Evolution: alle Schulen müssen technisch nach gleichen Standards ausgestattet werden. Die pädagogischen Möglichkeiten des Digitalen, die die Corona-Krise eröffnet hat, wie Selbstlern-Optionen, Selbsttests und neue Prüfungsformate, asynchrones Lernen/Unterrichten, die Verschränkung von Lernen in der Schule und Lernen zu Hause müssen etabliert werden.

- Stärkung des Kollegiums I: Online-Lehrerklassenteams flächendeckend etablieren, genauso wie coronakonforme Präsenzformate für die Lehrkräfte, um den sozialen Kontakt, die Teamarbeit und die Einbindung neuer Lehrkräfte zu erleichtern

- Stärkung des Kollegiums II: Einführung von zwei Stunden pro Woche für Kollegiale Beratung und gegenseitige Hospitation der Lehrkräfte.

- Stärkung des Kollegiums III: Es ist grundsätzlich eine Aufstockung des Personals in den Schulen vonnöten, um die Folgen der Pandemie abzufedern und die bayerischen Schulen zukunftsfähig aufzustellen.

- Stärkung der Schulleitungen: Deutliche Ausweitung der Leitungsstunden (insbesondere in Grund- und Mittelschulen); Aufstockung der Erweiterten Schulleitung und verstärkte Einführung in Grund- und Mittelschulen.

- Gründung einer WIRKLICHEN Stabsstelle zum Lernen in der Kultur der Digitalität, die in ständigem Austausch mit den Schulen Best-Practice-Lösungen sucht, mit dem Verständnis, dass dies eine Aufgabe ist, die nicht irgendwann beendet ist, sondern ständig fortgeführt werden muss.